



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

China

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



China



ie Nachrichten, die aus China vorliegen, sind wohl dazu ange-
 than, unser Blut in Wallung zu bringen. Umsomehr ist nüchtere
 Betrachtung der Dinge geboten. Daß sie an verantwortlicher
 Stelle nicht fehlt, dafür bürgen die Personen, die der Kaiser auf
 sie berufen hat, die Namen Hohenlohe und Bülow, zur Genüge.

Schon vor der Erwerbung Kiautschous haben wir in den Grenzboten die
 allzu vorlauten Säger im weltpolitischen „Cant“ daran zu erinnern gewagt,
 daß es besser ist, das Fell erst zu verteilen, wenn man den Bären hat. Der
 Gedanke der Erschließung Chinas statt seiner Aufteilung, meinten wir, sei für
 uns Deutsche doch nicht so ganz von der Hand zu weisen. Herr von Brandt,
 der die Lage kennt, hat sehr recht, wenn er daran erinnert, wie seit längerer
 Zeit die Aufteilung Chinas in der europäischen Presse besprochen wird, und
 daß dabei schließlich auch ein Chinese nervös werden muß, wo es sich um die
 Unabhängigkeit und die Erhaltung seines Vaterlands handelt. Wir stehn vor
 sehr ernstern Fragen, in denen Deutschland hinter dem Kaiser und den ver-
 bündeten Regierungen stehn muß, nicht in augenblicklicher Erregung und
 Illusion, sondern dauernd fest und klar, wie es deutscher Art entspricht.

Die Politik des Kaisers und der verbündeten Regierungen, wie sie Graf
 Bülow in Ostchina verwirklicht hat, hat an den blutigen Konflikten, von
 denen wir wohl immer nur noch unvollkommne Kunde haben, keine Schuld.
 Das ist von vornherein mit aller Bestimmtheit zu sagen. Daß demokratische
 und sozialdemokratische vaterlandslose Herren jetzt in die urteilslose Menge
 hinaussehren, das Deutsche Reich habe durch die Besignahme Kiautschous
 die Katastrophe herbeigeführt, verdient insofern keine Widerlegung, als die,
 die es sagen, selbst nicht daran glauben. Sie handeln einfach nach der alten
 Taktik politischer Brunnenvergifter, deren Hauptwaffe von je die Lüge war.
 Es wäre die allergrößte Unterlassungsünde gewesen, wenn das Deutsche Reich
 sich nicht in Kiautschou festgesetzt hätte, als es in friedlicher Weise dazu Ge-

legenheit fand. Es mußte einen völkerrechtlich anerkannten und praktisch tauglichen Stützpunkt in den ostchinesischen Gewässern haben, wollte es die großen Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie, und damit doch des ganzen deutschen Volks, an der Erschließung Nordchinas nicht völlig der hastig zugreifenden Konkurrenz der andern Mächte für immer preisgeben. Gerade die gegenwärtigen Wirren sollten auch blöden Augen diese Notwendigkeit klar machen. Die Besiznahme von Kiautschou hat sie nicht herbeigeführt, vielmehr uns ihnen gegenüber erst die Stellung gegeben, die wir brauchen, damit wir nicht wieder macht- und achtlos in dem sogenannten Konzert der Mächte die Flöte auf den Tisch legen und beiseite treten müssen.

Und auch wenn sich — was noch nicht beurteilt werden kann — die Gesandtschaften in Peking leichtsinnig und zu vertrauensselig benommen hätten, oder wenn die Führung der zu ihrem Entsatz eilenden Truppen zunächst unvorsichtig und ungeschickt operiert haben sollte, so könnte deshalb von einem Verschulden der deutschen Politik und der deutschen Truppenleitung keine Rede sein. Unsere Gesandtschaft mußte in Peking ausharren mit den andern, und wenn ihr Chef dabei den Tod gefunden hat, so ist er als Opfer treuer Pflichterfüllung gefallen. Wir Deutschen haben bisher den Tod im Dienst, den Tod für Kaiser und Vaterland nicht in überschwenglichen Außerlichkeiten gefeiert. Die Pflichterfüllung bis zum Tode galt uns selbstverständlich, und es ist zu wünschen, daß das auch in Zukunft deutsche Denkart bleibe. Aber darüber soll im Inland und im Ausland doch niemand im Zweifel bleiben, daß vom Kaiser bis zum ärmsten Landwehrmann wir alle neben herzlicher Trauer um die Gefallnen die ehrlichste, stolzeste Freude darüber empfinden, daß die Deutschen auch in Peking, vor Taku und bei Tientsin ihre Pflicht gethan haben, treu bis zum äußersten, wie immer. Diesem urkräftigen, tiefinnerlichen Gefühl gegenüber ist, Gott sei Dank, das giftige Gerede jener vaterlandslosen Herren wirkungslos bis zur Lächerlichkeit. Die Notwendigkeit des Eingreifens unserer Schiffe und Landungstruppen ist zu klar, als daß selbst Böswilligkeit sie zu bestreiten wagte, und daß es sich dabei nicht um ein Friedensmanöver mit blinden Schüssen handelte, daran war doch nichts zu ändern. Wenn die Herren mit Recht darüber Zeter schreien könnten, daß jetzt in China deutsches Soldatenblut vergossen wird, dann wäre unser ganzes Wehrwesen eine müßige Spielerei, und das Geld dafür wäre zum Fenster hinausgeworfen. Aber die Herren verdienen eigentlich gar keine Antwort; wir haben ihnen schon zu viel Ehre angethan.

Welche militärischen Maßnahmen durch die Vorgänge weiter notwendig werden können, ist noch gar nicht abzusehen. Maßgebend dafür kann allein die Lage draußen sein, die nicht nur von dem Verhalten der Chinesen, sondern auch von den zur Zeit mit uns operierenden Mächten abhängt. Zunächst mußten natürlich die Landungstruppen für den bisherigen Kriegsschauplatz verstärkt werden, so gut es in der Eile ging. Stellt sich heraus, daß mehr, sogar sehr viel mehr Truppen aller Waffen nach Ostchina geschickt werden

müssen, so hat das natürlich so schnell wie möglich zu geschehn. Wir wollen auf die staatsrechtliche Seite der Frage hier nicht näher eingehn. Dem formellen Recht kann und soll genügt werden, aber vor allem: *Salus publica suprema lex!*

Mit besondrer Freude muß der schnelle Entschluß des Kaisers zur Mobilmachung und Entsendung einer Division der Schlachtflotte begrüßt werden. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die feste Basis, die allein Schlachtschiffe allen bedeutendern maritimen Operationen zu geben vermögen, auch in den fernern Gewässern nicht entbehrt werden können. Mit der kindlichen Vorstellung — wenn es nicht überhaupt die reine Gedankenlosigkeit ist —, daß für das „Ausland“ einige wenige Kreuzer genügen zu gelegentlichen Nachwächter- und Schutzmannsdiensten, muß angesichts der Lage in den chinesischen Gewässern doch endlich völlig gebrochen werden. Im Augenblick halten wir die schleunigste Entsendung von vier erstklassigen Linien Schiffen für ganz unerlässlich, aber ob sie genügen werden, für zweifelhaft. Ein weiterer Nachschub sollte schon jetzt in Aussicht genommen werden.

Die Aufgabe, die zunächst gelöst werden muß, besteht in der Herstellung und Sicherung geordneter Rechts- und Machtverhältnisse in China, die uns und den übrigen Kulturvölkern den friedlichen wirtschaftlichen Verkehr im Reich der Mitte möglich machen. Dazu ist natürlich zuerst die strenge Bestrafung für die uns zugefügten Gewaltthätigkeiten unerlässlich. Daß sie uns Deutschen in besondrer Schärfe zugebracht und zugefügt sein sollten, das anzunehmen liegt vorläufig kein Anlaß vor. Die Ermordung unsers Gesandten ist an sich keiner. Das europäische Konzert mit Japan und den Vereinigten Staaten zusammen steht dem ganzen Handel, auch wenn die übrigen Gesandten noch leben, vorläufig in der Hauptsache gleichmäßig und solidarisch gegenüber, und es wird — wie dies erfreulicherweise bisher allseitig anerkannt zu sein scheint — alles aufgeboten werden müssen, die Solidarität, d. h. die Einheit der Aktion unter einstweiliger Zurückstellung der bekannten sehr mächtigen Sonderinteressen möglichst lange zu erhalten. Das Deutsche Reich wird sich natürlich auch durch die Ermordung des Herrn von Ketteler nicht in der Pflicht beirren lassen, für diese Einheit der Aktion zu sorgen. Es hat keine Veranlassung, in diesem Falle einen besondern Rachezug zur Sühne einer besonders ihm angethanen Schmach zu unternehmen. Aber es hat alle Veranlassung, in diesem Falle mit dem größten Nachdruck für den Zusammenhalt des Konzerts bis nach erfülltem Zweck einzutreten, und wenn es dazu statt einer Division ein Geschwader der Schlachtflotte nach China schicken und die ganze Flotte mobil machen müßte. Wir dürfen bei diesem Debut in der Weltpolitik unter keinen Umständen einen Mißerfolg riskieren. Bringen wir hier unsre Stimme im Konzert nicht zur vollsten Anerkennung, so wäre das eine schwere dauernde Niederlage, die alle Flottenvorträge und Flottenvereinsbeschlüsse niemals wett machen könnten. Man muß da mit Herrn von Brandt das Dichterwort zitieren: „Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.“

Wie die Ordnung der Rechts- und Machtverhältnisse in China praktisch und in den Einzelheiten durchzuführen sein wird, darüber enthalten wir uns aller Vermutungen. Daß keine Aufteilung in Betracht kommt, sondern die Politik der offenen Thür, das scheint ja jetzt von den ernsthaften Politikern, auch von den verantwortungslosen, nicht mehr angezweifelt zu werden. Die äußern Anordnungen, die getroffen und dauernd gesichert werden müssen, werden für das Deutsche Reich jedenfalls den Gegenstand lohnender Mitarbeit und verdienstlicher Einwirkungen sein, wobei die ihm zur Verfügung stehenden besonders tüchtigen, land- und leutekundigen Kräfte ausgiebige Verwendung finden sollten. Nur jetzt keine bureaukratische Kleinlichkeit! Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist viel zu ernst und viel zu groß.

Selbstverständlich wird sich die Schaffung der Garantien für dauernde, friedliche, wirtschaftliche Arbeit deutscher Intelligenz, deutscher Fähigkeit und deutschen Kapitals nicht auf Nordchina oder gar auf Schantung beschränken dürfen. Der noch junge, aber sachkundige Professor Hermann Schumacher in Kiel hat kürzlich sehr mit Recht darauf hingewiesen, daß wie heute unsere deutschen Interessen in den andern Teilen Chinas unvergleichlich viel bedeutender seien als in Schantung, das als unmittelbares Hinterland Kiautschous betrachtet werden könne, so würden sie es auch in aller Zukunft bleiben, wenn nicht durch willkürliche Gewalt die Entwicklung zu unsern Ungunsten unterbrochen werde. Es wird sich wohl bald herausstellen, ob zur Sicherung dieser gewichtigen deutschen Interessen in dem übrigen China für uns der Besitz eines weitem Stützpunkts außer Kiautschou nötig werden wird, und wenn, was unsers Erachtens nicht unwahrscheinlich ist, die Frage bejaht werden muß, so wird eben die gepanzerte Faust zugreifen müssen, so schnell als möglich, ganz im Sinne der Weltpolitik des Grafen von Bülow, nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unsers Handels und seiner Stützpunkte.

Einer gründlichen Revision wird man im Interesse eines dauernd bessern modus vivendi zwischen Europäern und Chinesen wohl auch das Verhältnis des Staats zu der kirchlichen Missionsthätigkeit und das Verhalten dieser selbst unterziehen müssen. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß Herr von Brandt mit seinem erst kürzlich wiederholten scharfen Urteil über die Missionare in sehr vielen Beziehungen Recht hat und auch, Gott sei Dank, in der deutschen, ja auch in der englischen — wo doch die Heuchelei in solchen Fragen noch viel mächtiger ist — öffentlichen Meinung immer mehr Recht bekommt. Wir sind die letzten, die die Ausbreitung des Christentums für die Kultur der Menschheit unterschätzen, und wir wissen auch den persönlichen Opfer- und Glaubensmut unsrer Missionare zu würdigen. Aber ganz unerträglich, ja für die verkehrte Welt müßten wir es erklären, wenn dem Unverstand und der Tollkühnheit der deutschen Missionare in China auch nur ein moralischer Anspruch auf Schutz durch die gewappnete Faust des Deutschen Reichs zugesprochen werden sollte. Das wäre ein Standpunkt, mit dem kein Minister

des Auswärtigen, am wenigsten der einer Groß- oder gar einer Weltmacht — wie man heute sagt — vernünftig und ehrlich wirtschaften könnte. Ganz abgesehen davon, daß unsre protestantische Kirche in Deutschland, zumal in Preußen, sehr viel in sich selbst aufzuräumen hat, was durch ortho-doxe Intoleranz allein nicht mehr geleistet werden kann, wie man immer noch zu glauben scheint.

Wenn sich Herr von Brandt und andre Sachkenner der Hoffnung hingeben, daß bei weisem Vorgehn der vereinigten Mächte eine ernstere Gefährdung oder Vernichtung dessen, was in China schon an deutscher Arbeit geleistet und an deutschem Kapital schon angelegt ist, vermieden werden kann, so haben sie offenbar gute Gründe dazu. Auf Rückschläge muß man bei der Entwicklung des Geschäfts in solchen Ländern nun einmal gefaßt sein. Die eigentümliche, aber doch nicht zu unterschätzende Kultur der Chinesen, ihre unbestreitbare Klugheit und ihre geschäftlichen Anlagen haben sie schon in ziemlich weitem Umfang zum Verständnis der Vorteile gebracht, die ihnen aus dem friedlichen Verkehr mit den Fremden erwachsen können. Aber gerade einem Volke wie den Chinesen gegenüber muß das Deutsche Reich die „Stützpunkte der friedlichen Ausdehnung seines Handels,“ wie Graf von Bülow sagt, so ausstatten, daß der Chinese sie als stark erkennt und respektiert, auch wenn seine Klugheit ihm die Hauptschwäche der fremden Teufel, ihren Neid, ihre Uneinigkeit, und man darf wohl sagen, ihre politische Unehrllichkeit untereinander, immer wieder vor Augen führt. Und daß das nach einigen Erfolgen der jetzt vereinten Freunde aus Europa, Amerika und Japan bald genug wieder geschehn wird, wer könnte sich darüber Illusionen hingeben!

Die schleunige und starke Ausrüstung von Kiautschou sowohl zu Lande wie namentlich auch auf dem Wasser durch eine angemessene Zahl dort stationierter Kriegsschiffe ist deshalb dringend geboten. Der für den Augenblick als nötig erkannten Entsendung einer größern Zahl von Truppen und von Schiffen wird sicher der dauernde Aufenthalt entsprechender Verstärkungen als unerläßlich folgen.

Das leitende Preßorgan der Parteiagravier, die Deutsche Tageszeitung, hat kürzlich Veranlassung genommen, sich zur Sache folgendermaßen zu äußern: Es sei vorauszu-sehen, daß die Handelskreise unsrer Seestädte, die Interessen in Ostasien zu vertreten hätten, sowie die, die ohne Besinnen jede Gelegenheit ergreifen wollten, einen Fezzen Land in überseeischen Gebieten in Besitz zu nehmen, einen furchtbaren Lärm in der Presse vollführen würden, um das Deutsche Reich in die weitausschauendsten Unternehmungen zu treiben. Die hanseatischen Großkaufleute hätten dem Prinzen Heinrich schon den Bau einer „Auslandflotte“ als dringende Notwendigkeit ans Herz gelegt. Es sei solchen Reden gegenüber geboten, „nachdrücklich und entschlossen immer wieder darauf hinzuweisen, daß nun endlich einmal auch eine Bindung der Regierung durch das Flottengesetz erfolgt sei, und daß von neuen Forderungen einer Auslandsflotte usw. keine Rede sein könne. . .“ „Unseres Erachtens — heißt es

zum Schluß — wäre es geboten, daß, wenn unsre leitenden Kreise zu der Überzeugung gelangen sollten, daß wir in China zu weitergehenden Unternehmungen in unserm Interesse gezwungen seien, der Reichstag darüber befragt würde. Wir sind überzeugt, daß die Neigung, Tausende und aber Tausende deutscher Soldaten nach China zu werfen, im Reichstag nur einen geringen Wiederhall finden würde, und daß er sich gleich uns darauf beschränken würde, im fernen Osten das Notwendige zur Sühne der schändlichen Gewaltthat zu thun, mehr aber nicht.“

Es ist solchen Ergüssen gegenüber, deren weitreichender Einfluß bekannt genug ist, endlich an der Zeit, einmal „nachdrücklich und entschlossen“ darauf hinzuweisen, daß sie genau den Standpunkt vertreten, den die Herren von der Demokratie und Sozialdemokratie zu dem ihren gemacht haben. Wir hoffen, daß Fürst Hohenlohe und Graf Bülow angesichts der chinesischen Wirren die bisher viel zu weit getriebene Schwäche der verbündeten Regierungen gegen die parteiagrarisches Fronde, die kein Mittel unbenuzt zu lassen entschlossen ist, der kaiserlichen Politik ein Bein zu stellen, endlich zu überwinden wissen werden. Unsre Bauern und die Masse der adelichen und bürgerlichen Junker im Lande glauben den parteiagrarisches Unwahrheiten und Entstellungen ebenso aufs Wort, wie die Sozialdemokraten dem Vorwärts. Die Regierung wird in Zukunft die Schuld daran tragen, wenn das, was der Kaiser und seine verantwortlichen Räte pflichtmäßig als zum Heil des Reichs und seiner Zukunft geboten erkennen, dem Volke immer wieder als unnötiger Sport oder Liebedienerei gegen den Handelsstand vorgestellt wird. Es ist eine unerhörte Fälschung kaum erlebter Thatsachen, wenn behauptet wird, die Regierung sei durch das Flottengesetz an der Schaffung einer hinreichend starken Auslandsflotte bindend verhindert. Das neue Gesetz enthält keine Bindung in diesem Sinne, und die Mehrheitsparteien haben das ausdrücklich anerkannt. Wollen sich die verbündeten Regierungen dem „unentwegt“ aufrecht erhaltenen Botum der Agrarier, wonach die Politik des „größern Deutschlands“ vor dem deutschen Volke immer wieder als Unsinn und sündhafte Vergeudung deutschen Bluts und deutschen Guts verurteilt wird, fügen, so mögen sie es offen und ehrlich sagen. Wir würden dann wissen, daß wir im Deutschen Reiche nicht nur bei einer parlamentarischen, sondern auch bei einer Parteidregierung angelangt seien, daß der Kaiser dem Agrariertum zuliebe auf die Weltpolitik, die er für seine Pflicht hält, verzichten müsse.

